

Malwina Talik

Von Arbeits- zur Fluchtmigration. Die Ukrainer*innen in Polen im ersten Jahr der russischen Großinvasion

In der Nachkriegsgeschichte Europas markiert der 24. Februar 2022 einen bedeutsamen Wendepunkt. An diesem Tag begann Russland eine umfassende Invasion in die Ukraine. Der russische Angriff löste eine beispiellose Flüchtlingsbewegung aus, die größte seit dem Zweiten Weltkrieg, die die Flüchtlingsbewegung infolge des brutalen Zerfallskriegs auf dem Balkan in den 1990er Jahren deutlich übersteigt. Dieser Artikel analysiert verschiedene Aspekte dieser Massenflucht im ersten Jahr der Großinvasion (24. Februar 2022 – März 2023) in Bezug auf Polen als Aufnahmeland. Durch diese zeitliche Begrenzung bietet der Beitrag einen Referenzpunkt für künftige Analysen. Zunächst wird die ukrainische Diaspora in Polen seit dem Jahr 2014 beschrieben, einem Zeitpunkt, der von der Annexion der Krim und dem Ausbruch des Konflikts in den östlichen Regionen Donbass und Donezk geprägt war. Anschließend wird auf die Aufnahme der Geflüchteten in Polen sowie die unterschiedliche Behandlung mancher Gruppen eingegangen. Danach werden die Faktoren erläutert, die dazu geführt haben, dass sich Polen für Ukrainer*innen geöffnet hat. Weiters werden die aktuellen Herausforderungen behandelt. Zudem werden die Auswirkungen sozialer Einstellungen auf die Wahrnehmung der Flüchtlinge analysiert, wobei der Kontext der Visegrád-Gruppe besonders berücksichtigt wird. Im abschließenden Abschnitt werden Erwartungen und potenzielle Zukunftspläne abgewogen. Schließlich wird kurz analysiert, welche neuen Entwicklungen zwischen März und August 2023 beobachtet wurden und welche Konsequenzen sich für die Geflüchteten ergeben können. Dabei werden in diesem Beitrag die Begriffe „Flüchtlinge“ und „Geflüchtete“ abwechselnd verwendet.

1. Ukrainische Diaspora in Polen vor der russischen Großinvasion

Für viele in der Ukraine lebende Menschen begann die Flucht nicht im Februar 2022, sondern bereits acht Jahre früher, als Russland 2014 die Halbinsel Krim annektierte und der Konflikt in den östlichen Regionen Donezk und Luhansk ausbrach. Allein 2012 haben 1,5 Millionen Menschen in der Ukraine ihre Häuser verlassen müssen.¹ Bis 2022 lebten noch mehr als 854.000 als Binnenflüchtlinge – fast 60 % – in langwierigen Vertreibungssituationen.² Viele davon haben die Ukraine verlassen. Polen wurde zu einem ihrer Ziel­länder, und bereits zwischen 2014 und 2015 lässt sich ein Anstieg jener Ukrainer*innen beobachten, die ursprünglich aus den östlichen, vom Konflikt betroffenen Regionen der Ukraine stammten (6,3 % vor 2013, 28,4 % in den Jahren 2014-2016).³ Was diese neue Gruppe charakterisierte, war ein hoher Anteil an Männern (57,9 %, vorher 32,9 %), außerdem lag das Durchschnittsalter bei 33 Jahren (vorher 43 Jahre).⁴

Paradoxerweise kamen die Bewohner*innen der betroffenen Regionen nicht als Flüchtlinge, da Polen nur in Ausnahmefällen Asyl oder besonderen Schutz gewährte und die Ukraine trotz des Krieges als sicheres Land galt, da nur ein Teil des Landes in den Konflikt verwickelt war. Deshalb kamen die meisten mit Arbeitsvisa nach Polen. Die polnische Wirtschaft, die damals boomte, und gleichzeitig eigene Arbeitskräfte infolge der wirtschaftlichen Auswanderung in andere EU-Staaten verlor, brauchte neue Arbeitskräfte. Darunter waren nicht nur ehemals vertriebene Personen, sondern auch solche, die die Ukraine aufgrund der durch den Konflikt ausgelösten sozioökonomischen Situation verlassen hatten. Im Laufe der Jahre ist die ukrainische Diaspora in Polen erheblich gewachsen, und im Jahr 2021 zählte sie etwa 1,35 Millionen Menschen. Die meisten haben in der Bauindustrie (18 %),

¹ Internal Displacement Monitoring Centre, *Ukraine*, <https://www.internal-displacement.org/countries/ukraine> (Zugriff: 5. September 2023).

² Ebd.

³ Obserwator Finansowy, *Nowa fala migracji obywateli Ukrainy do Polski* [Die neue Welle der Migration von ukrainischen Staatsbürgern nach Polen], <https://www.obserwatorfinansowy.pl/tematyka/makroekonomia/trendy-gospodarcze/nowa-fala-migracji-obywateli-ukrainy-do-polski>, 12. Dezember 2016 (Zugriff: 5. Oktober 2023).

⁴ Ebd.

Logistik (16 %) und in der industriellen Produktion (13 %), aber auch in Verwaltung, Medien (11 %) und Dienstleistungssektor (10 %) gearbeitet.⁵ Diese Diaspora spielte eine bedeutende Rolle, als das düstere Kriegsszenario wenig später Wirklichkeit wurde.

2. Die Flucht nach der russischen Großinvasion

2.1. Die Flucht

Als Russland am 24. Februar 2022 die Ukraine überfiel, flüchtete über ein Viertel der ukrainischen Bevölkerung. Manche sind für den Fall des Falles bereits früher zu Verwandten in den westlichen Teilen der Ukraine oder ins Ausland gereist. Der Internationalen Organisation für Migration (IOM) zufolge waren fünf Wochen nach Kriegsbeginn über 11 Millionen Menschen Vertriebene, von denen mehr als 7 Millionen Binnenflüchtlinge waren.⁶ Für jene, die im Ausland Zuflucht suchten, war Polen das Hauptziel.

Die Ukraine schloss ihren Luftraum für zivile Flüge, sodass es nur noch auf dem Landweg möglich war, das Land zu verlassen. An den Grenzübergängen bildeten sich kilometerlange Warteschlangen. Nicht alle durften das Land verlassen, so mussten Männer im wehrpflichtigen Alter (zwischen 18 und 60 Jahren) in der Ukraine bleiben, es sei denn, sie waren alleinerziehende Väter, Eltern von drei oder mehr Kindern oder Betreuer von Personen mit Behinderungen. In der Folge waren die Geflüchteten vor allem Frauen, Mädchen und Minderjährige. Gleichzeitig beobachtete man einen Strom von Menschen, die in die entgegengesetzte Richtung reisten: Dies waren größtenteils Männer, die in die Ukraine zurückkehrten, um sich dem Militär anzuschließen.

Polen wie auch andere Nachbarländer der Ukraine bereiteten sich unverzüglich darauf vor, Flüchtlinge aufzunehmen. Der entscheidende Grund, warum Polen diese Herkulesaufgabe gemeistert hat, war das außergewöhnliche Engagement der Zivilgesellschaft und der Freiwilligen. 70 % der Bevölkerung haben sich an

⁵ Grupa EWL et al., *Raport mobilności transgranicznej: obywatele Ukrainy na polskim rynku pracy* [Bericht über die grenzüberschreitende Mobilität: Bürgerinnen und Bürger der Ukraine auf dem polnischen Arbeitsmarkt], Warszawa 2023, S. 11.

⁶ Internationale Organisation für Migration, *Displacement Tracking Matrix (DTM) – Ukraine*, <https://dtm.iom.int/ukraine>, 2022 (Zugriff: 5. September 2023).

unterschiedlichen Formen der Hilfe beteiligt.⁷ Tausende freiwillige Helfer*innen boten an den Grenzen sowie an Bahn- und Busbahnhöfen im ganzen Land Unterstützung an. Sie stellten Essen und Wohnungen zur Verfügung, halfen bei der Suche nach Transportmitteln und Unterkünften, informierten über die nächsten Schritte und verteilten Broschüren auf Ukrainisch, Russisch und Englisch.

Auch die polnische Regierung reichte den Ukrainer*innen schnell eine helfende Hand, indem sie die Verfahren für die Grenzüberquerung vereinfachte, kostenlose Transportmöglichkeiten anbot und ihnen die Möglichkeit gab, eine polnische persönliche Identifikationsnummer (PESEL) zu erhalten, die in der Folge Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung, Arbeitsmarkt und finanzieller Unterstützung ermöglichte. Sie hat jedoch gleichzeitig den Schultern der Gesellschaft, NGOs und lokaler Behörden eine erhebliche Last auferlegt. Wenn Regierungspolitiker stolz darauf hinwiesen, dass Polen aufgrund der Regierungspolitik ein Land ohne Flüchtlingslager sei, war dies nur deshalb möglich, weil die Geflüchteten in Privatunterkünften untergebracht wurden. Die finanzielle Unterstützung, die von der Regierung angeboten wurde, betrug 40 PLN pro Person und Tag (ungefähr 8-9 EUR) für einen Zeitraum von 120 Tagen. In ganz Polen wurden Aufnahmezentren eröffnet, wie auch weiter unten gezeigt wird.

Im Hinblick auf den rechtlichen Rahmen beeilte sich die EU, die Richtlinie über temporären Schutz (Temporary Protection Directive, TPD) am 4. März 2023 zu aktivieren, die in allen EU-Staaten galt. Die TPD konnte so rasch umgesetzt werden, da sie kein neues Instrument war; sie wurde bereits 2001 nach dem Zerfallskrieg in Jugoslawien verabschiedet. Sie war jedoch zuvor nie in Anspruch genommen worden, obwohl sie mehrmals in Betracht gezogen wurde, beispielsweise im Jahr 2015, als Hunderttausende Menschen aus Konfliktregionen wie Syrien, Irak, Afghanistan usw. nach Europa flüchteten. Dank der TPD mussten Menschen, die vor dem russischen Krieg in der Ukraine geflohen waren, keine komplexen Asylverfahren durchlaufen. Stattdessen durften sie für mindestens ein Jahr (was später verlängert wurde) in der EU leben,

⁷ Maria Babińska et al., *Polacy wobec Ukraińców: Wyniki badań sondażowych zrealizowanych po inwazji rosyjskiej na Ukrainę w 2022 roku* [Die Polen und die Ukrainer: Ergebnisse von Meinungsumfragen nach der russischen Invasion in die Ukraine im Jahr 2022], in: *Nauka* 4/2022, S. 37-58. DOI: 10.24425/nauka.2022.142919.

legal arbeiten und unter denselben Bedingungen wie Einheimische Zugang zu sozialer Unterstützung, Gesundheitsversorgung und anderen öffentlichen Dienstleistungen haben.

2.2. Flüchtlinge

Ende März 2023 gab es zirka 8,2 Millionen Flüchtlinge aus der Ukraine in der gesamten EU, davon standen über 5 Millionen unter der TPD oder ähnlichem nationalem Schutz⁸. Im Jänner 2023 beherbergten Zypern, Estland und Polen die meisten Geflüchteten aus der Ukraine pro Tausend Einwohner⁹, in absoluten Zahlen war es Polen, gefolgt von Deutschland.¹⁰ Über 1,5 Millionen Flüchtlinge aus der Ukraine registrierten sich Anfang März 2023 für den temporären Schutz in Polen.¹¹ Dies bedeutet jedoch nicht zwangsläufig, dass sie dort geblieben sind, da einige von ihnen möglicherweise auch in ein anderes Land gezogen oder in die Ukraine zurückgekehrt sind. Die neu ankommenden Flüchtlinge wiesen eine sehr spezielle demografische Struktur auf. Aufgrund der Wehrpflicht wurden Familien getrennt, und viele Männer blieben in der Ukraine zurück. Etwa 46 % der Flüchtlinge waren erwachsene Frauen, und 40 % waren Minderjährige. Die demografische Struktur der Ukrainer*innen hat sich also verändert. Diese demografische Verschiebung führte auch zu geschlechts- und altersspezifischen Herausforderungen, auf die in anderen Teilen des Artikels näher eingegangen wird.

⁸ UNHCR, *Europe Situations: Arrivals and Displaced Populations. Regional Bureau for Europe*, <https://reliefweb.int/report/ukraine/unhcr-europe-situations-data-and-trends-arrivals-and-displaced-populations-march-2023#:~:text=As%20of%2031%20March%202023,as%20of%20end%20of%20January>, März 2023 (Zugriff: 5. Oktober 2023).

⁹ Eurostat – Statistisches Amt der Europäischen Union, *Asylum and managed migration statistics: Data from March 2023*, <https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-eurostat-news/w/ddn-20230307-1> (Zugriff: 5. Oktober 2023).

¹⁰ Ebd.

¹¹ UNHCR, *Ukraine. UNHCR – United Nations High Commissioner for Refugees*, 6. März 2023, <https://data.unhcr.org/es/situations/ukraine> (Zugriff: 5. Oktober 2023).

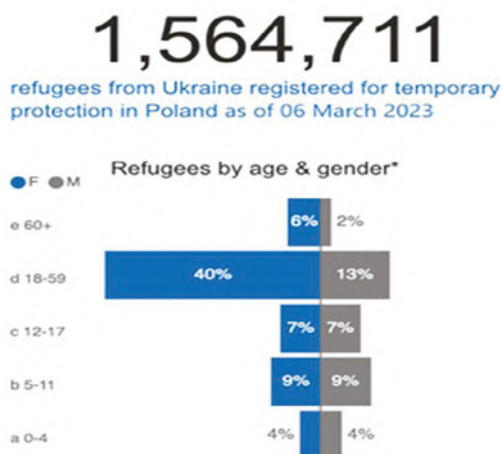


Abbildung 1: Geflüchtete aus der Ukraine in Polen
unter temporärem Schutz, UNHCR.12

2.3. Gründe für die offene Aufnahme der Geflüchteten

Die offene Aufnahme der Ukrainer*innen war nicht von Anfang an eine Selbstverständlichkeit. Polen hatte sich gemeinsam mit anderen Visegrádstaaten einen berechtigten Ruf als ein Land erworben, das sich nach 2015 gegen die Aufnahme von Flüchtlingen positionierte. Auch die vor der Eskalation des Krieges kursierenden negativen Vorurteile über die Ukrainer*innen und Streitigkeiten über die Interpretation der Geschichte sowie unverarbeitete Traumata stimmten wenig zuversichtlich, dass sich das Land so enthusiastisch öffnen könnte. Dem Bericht „Mniejszość ukraińska i migranci z Ukrainy w Polsce” [Ukrainische Minderheit und Migranten aus der Ukraine in Polen] zufolge waren 41 % der Aussagen über die Ukrainer*innen im polnischen Internet negativ, 42 % neutral und 17 % positiv.¹³

Die Gründe für die herzliche Aufnahme der Ukrainer*innen sind vielfältig. Als benachbarte slawische Länder teilen die Ukraine und Polen viele kulturelle,

¹² Quelle: <https://data.unhcr.org/es/situations/ukraine>

¹³ Marek Troszyński, *Ukraina i Ukraińcy w polskich mediach społecznościowych* [Ukraine und Ukrainer in polnischen sozialen Medien], S. 55, in: Piotr Tyma, (Hrsg.), *Mniejszość ukraińska. Analiza dyskursu* [Ukrainische Minderheit – Diskursanalyse], 1. Dezember 2020, https://ukraincy.org.pl/wp-content/uploads/2020/12/01_Raport-2.-Mniejszość-ukraińska.-Analiza-dyskursu.pdf (Zugriff: 5. Oktober 2023).

sprachliche und historische Gemeinsamkeiten, wenngleich die Geschichte oft ein Streitpunkt war. Wie bereits erwähnt, belief sich die ukrainische Diaspora am Vorabend des Krieges auf etwa 1,3 Millionen Menschen, auch waren mehr als 50 % der internationalen Studierenden Ukrainer*innen. Daher floh die erste Welle der Flüchtlinge hauptsächlich zu ihren Verwandten und Freunden. Ein weiterer Faktor, der beide Länder miteinander verbindet, ist der „gemeinsame Feind“. Anders als Ungarn hegt Polen starke Ressentiments gegenüber den russischen politischen Eliten. Die Polen befürchten, dass ihr Land das nächste Ziel russischer Aggression werden könnte, und identifizieren sich stark mit dem Schicksal der Ukraine. Die meisten Polen kennen Kriege aus der Geschichte, die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg ist jedoch in der kollektiven Erinnerung noch sehr lebendig. Für viele spiegelt die ungerechtfertigte russische Aggression gegen die Ukraine das Schicksal Polens wider: der Angriff durch Nazi-Deutschland und die anschließende Einnahme durch die Sowjetunion unter dem Vorwand „brüderlicher Hilfe“ gegen die Nazis. Nicht zuletzt passen die Flüchtlinge aus der Ukraine gut in die „romantisierte“ Vorstellung: Es handelt sich überwiegend um Frauen und Kinder, in den Augen vieler um „die wahren Flüchtlinge“. Dies liegt hauptsächlich daran, dass ukrainischen Männern im Alter von 18 bis 60 Jahren die Ausreise aus der Ukraine nicht gestattet ist.

2.4. Ungleichbehandlung mancher Gruppen von Geflüchteten

Die Flüchtlinge waren nicht nur Bürger*innen der Ukraine. Ungefähr 5 % waren Staatsangehörige von Drittländern, darunter Asylsuchende aus Afghanistan, Jemen und Syrien sowie internationale Studierende, insbesondere aus Afrika. Unter ihnen waren auch Männer, weil anders als bei Ukrainern für sie die Wehrpflicht nicht galt. Es wurde berichtet¹⁴, dass sie weniger Unterstützung erhielten; sie mussten länger auf Busse zur Grenze warten, und die Bereitschaft, sie zu beherbergen, war geringer. Obwohl sie ohne Kontrolle ihrer Dokumente nach Polen einreisen sollten, gab es auch den Verdacht, dass sich darunter auch Migrant*innen von

¹⁴ Internationale Organisation für Migration, *Discrimination and Racism Against Third Country Nationals Fleeing Ukraine Must End: IOM Director General*, 3.03.2022, <https://www.iom.int/news/discrimination-and-racism-against-third-country-nationals-fleeing-ukraine-must-end-iom-director-general> (Zugriff: 5. Oktober 2023).

der polnisch-belarussischen Grenze befänden.¹⁵ Sie konnten ihr Studium in der EU nicht zwangsläufig fortsetzen oder unter den Schutz der TPD gestellt werden. Einige von ihnen kehrten mit Unterstützung ihrer Botschaften in ihre Herkunftsländer zurück.

Auch die Roma*nja, die immerhin ukrainische Staatsbürger*innen sind, wurden während verschiedener Phasen ihrer Flucht ähnlich benachteiligt. Wie aus dem Bericht "They are not Refugees, they are Travellers" von der Stiftung für den Dialog (Fundacja w Stronę Dialogu) hervorgeht, waren die Roma*nja in der Grenzstadt Przemyśl einer erhöhten Diskriminierung beim Zugang zu Unterkünften sowie zu Dienstleistungen, wie z.B. Bildung, Übersetzung oder Transport ausgesetzt.¹⁶ Darauf folgte eine gegen die Roma*nja gerichtete Rhetorik auch von Politiker*innen und Vertreter*innen der Behörden auf beiden Seiten der Grenze. Roma*nja wurde vorgeworfen, dass sie die Dienstleistungen ausnutzen wollten und danach weiterreisten. Das hatte auf die Hilfsbereitschaft mancher Voluntär*innen negativen Einfluss.¹⁷ Die Situation sollte sich nach Interventionen der NGOs und Beauftragten für Bürgerrechte verbessern.

2.5. Einstellung ukrainischer Organisationen in Polen zur polnisch-belarussischen Grenze

Die Haltung gegenüber den Ukrainer*innen stand in starkem Kontrast zur Behandlung von (Zwangs-)Migrant*innen¹⁸ an der polnisch-belarussischen Grenze. Eine humanitäre Krise begann dort im Spätsommer 2021, nachdem das belarussische Regime absichtlich tausende Menschen, vor allem aus Ländern des globalen Südens¹⁹, mit dem Versprechen einer einfachen Weiterreise in die EU eingeflogen hatte. Der Bus vor Ort hat sie jedoch nicht in ihr Zielland gefahren, sondern zur Grenze, die sie überqueren sollten. Die meisten von ihnen wurden

¹⁵ Adam Durjasz, et al., "They are not refugees; they are travelers". *Situation of Roma Refugees from Ukraine in Podkarpackie Voievodeship. Monitoring report 2022-2023*, Kraków 2023, S. 16.

¹⁶ Ebd.

¹⁷ Ebd., S. 21-25.

¹⁸ Als Zwangsmigration (forced migration) bezeichnet man das Verlassen des Herkunftslandes aus Gründen, die in der Genfer Flüchtlingskonvention nicht genannt werden, jedoch ebenso lebensbedrohlich sein können wie z.B. Naturkatastrophen, Hungersnot.

¹⁹ Als globaler Süden werden hier Entwicklungs- und Schwellenländer, insbesondere in Afrika und Asien, verstanden.

abgewiesen, und es wurde ihnen das Recht verweigert, überhaupt einen Antrag auf internationales Asyl zu stellen, selbst dann, wenn sie aus Kriegsgebieten kamen. Pushbacks, eine international illegale Praxis, wurden ausgeübt, im Oktober 2021 wurden sie legalisiert – ein Präzedenzfall in der EU.

Ihr Schicksal blieb bei ukrainischen Organisationen nicht unbemerkt. Zwei von ihnen, die Stiftung „Nasz Wybór“ (Unsere Wahl) und der Verband der Ukrainer in Polen, verfassten einen offenen Brief an die polnische Regierung und die polnische Grenzpolizei und baten um gleichberechtigte Behandlung. Hier sehen Sie Auszüge aus diesem Brief, der folgendermaßen lautet:

„Mit Sorge beobachten wir die seit August 2021 andauernde humanitäre Krise an der polnisch-belarussischen Grenze. (...) Das sind Menschen, die ebenso wie Flüchtlinge aus der Ukraine Anspruch auf Schutz haben. (...) Wir sind erstaunt darüber, dass Polen, das gleiche Land, das ukrainischen Flüchtlingen auf so wunderbare Weise hilft, Flüchtlingsfamilien von außerhalb Europas so schamlos und grausam in den Wald transportiert und nach Belarus abschiebt. Auch Säuglinge, Kleinkinder, Menschen mit Behinderungen oder schwerkranke Menschen werden Opfer von Abschiebungen aus Polen nach Belarus. Dies trotz der Tatsache, dass diese Menschen in Belarus der Gefahr von Folter und Gewalt ausgesetzt sind.“²⁰

Der Brief hatte eine hohe symbolische Bedeutung: Die von der Regierung anerkannten Geflüchteten setzten sich für jene ein, die vor fernen Konflikten und Krisen geflohen waren, aber abgelehnt und abgeschoben wurden.

2.6. Herausforderungen

Weltweit sind Frauen und Kinder die Hauptopfer von Menschenhändlern, und als Flüchtlinge sind sie noch verwundbarer. (Potenzielle) Opfer wurden sowohl persönlich als auch online angesprochen. Das Bedürfnis nach Unterstützung der Zivilgesellschaft war enorm, das führte jedoch zu einer Situation, in der die

²⁰ Appell ukrainischer Organisationen in Polen an die Regierung der Republik Polen und die Grenzschutzbehörden, *Gazeta Wyborcza*, 7. April 2022, <https://wyborcza.pl/7,162657,28311431,z-calego-serca-dziekujemy-za-wspieranie-uchodzcow-z-ukrainy.html> (Zugriff: 5. Oktober 2023).

Freiwilligen nicht überprüft wurden, um Personen auszuschließen, die aufgrund verschiedener Formen des Missbrauchs bereits rechtskräftig verurteilt waren. Dies ist einer der Fälle, in denen staatliche Koordination entscheidend gewesen wäre, aber fehlte. Das Ministerium für Inneres und Verwaltung rief das Nationale Informations- und Beratungszentrum ins Leben und verbreitete über Freiwillige Broschüren mit Warnungen. Verschiedene Organisationen, die sich gegen Menschenhandel einsetzen, wie z.B. La Strada und Homo Faber, überwachten potenzielle Missbräuche an der polnisch-ukrainischen Grenze.²¹ Die Gefahr war auch online präsent, wie eine in 14 EU-Ländern durchgeführte Ermittlung (Polen war nicht Teil davon) ergab. Sie hat verdächtige Anzeigen identifiziert, die Unterstützung, Unterkunft und Jobs für Ukrainer anboten, tatsächlich jedoch von kriminellen Gruppen veröffentlicht wurden.²²

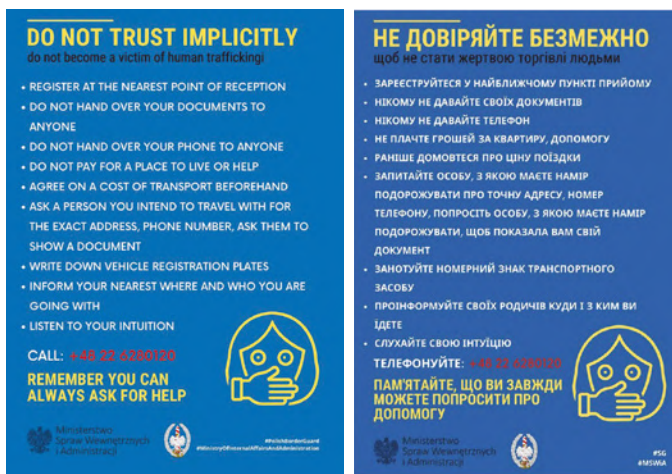


Abbildung 2: Flugblätter mit Warnung vor Menschenhändler*innen.²³

²¹ Appell ukrainischer Organisationen in Polen an die Regierung der Republik Polen und die Grenzschutzbehörden, „*They are not refugees, they are Travellers*“, S. 19.

²² European Union Agency for Law Enforcement Cooperation, *Human traffickers luring Ukrainian refugees on the web targeted in EU-wide hackathon*, Den Haag 2023.

<https://www.europol.europa.eu/media-press/newsroom/news/human-traffickers-luring-ukrainian-refugees-web-targeted-in-eu-wide-hackathon> (Zugriff: 5. Oktober 2023).

²³ Quelle: Ministerstwo Spraw Wewnętrznych i Administracji / Departament Spraw Międzynarodowych i Migracji [Ministerium für Inneres und Verwaltung / Abteilung für Internationale Angelegenheiten und Migration], *Komunikat związany z sytuacją na Ukrainie* [Komuniké im Kontext mit der Situation in der Ukraine], Warszawa 2022, <https://www.gov.pl/web/handel-ludmi/komunikat-zwiazany-z-sytuacja-na-ukrainie> (Zugriff: 5. Oktober 2023).

Die Geflüchteten mussten aber auch bald andere Herausforderungen bewältigen. Wie der Bericht²⁴ "Refugees from Ukraine in Poland" zeigte, war ihre Hauptsorge die Schwierigkeit, eine Beschäftigung zu finden. Theoretisch hat Polen eine der niedrigsten Arbeitslosenquoten in der EU und sein Arbeitsmarkt kann viele Flüchtlinge aufnehmen. Es besteht jedoch eine Diskrepanz zwischen dem, was der Arbeitsmarkt bietet, und was er verlangt, zum Beispiel besteht eine hohe Nachfrage nach Stellen in der Bauindustrie (vor allem Männer), die meisten Flüchtlinge jedoch sind Frauen mit höherer Ausbildung (deren Anerkennung auch eine weitere Herausforderung darstellte, die aber im Bericht nicht genannt wurde). Viele haben unter ihren Kompetenzen gearbeitet. Die Hälfte der Flüchtlinge hatte keine Kenntnisse der polnischen Sprache, was die Arbeitssuche für viele Berufe deutlich erschwerte. Die meisten Flüchtlinge hatten Betreuungspflichten, daher wurde auch der unzureichende Zugang zu Kinderbetreuungseinrichtungen als Hindernis für den Zugang zu Arbeit oder Berufsausbildungen identifiziert.

Eine weitere Problematik waren Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche. Als die Flüchtlinge ankamen, wuchs die Bevölkerung in polnischen Städten in kurzer Zeit extrem stark an. Dies hatte auch Auswirkungen auf die Wohnmöglichkeiten. Viele Flüchtlinge fanden Unterschlupf bei ihren ukrainischen Verwandten und Freunden. Jene, die es sich leisten konnten, mieteten selbst Wohnungen. Andere mussten auf die Unterstützung der lokalen Behörden vertrauen und in Aufnahmeeinrichtungen bleiben. Etwa 39 solcher Zentren waren bis März 2023 in Betrieb und beherbergten 80.000 Menschen. Auch Hotels und Airbnb erklärten sich dazu bereit, vorübergehend kostenlose Unterkünfte anzubieten. In der Realität Wirklichkeit wurden die meisten Menschen privat untergebracht. Es wird geschätzt, dass die Polen bis zu 1,5 Millionen Flüchtlinge für verschiedene Zeiträume in ihren Häusern willkommen heißen haben, bevor diese andere Unterkünfte finden konnten oder sich solche leisten konnten. In den meisten polnischen Städten überstieg die Nachfrage nach Unterkünften das Angebot und die Preise stiegen. Finanzielle Sorgen wurden von den Flüchtlingen auch als eine der am meisten beunruhigenden Fragen genannt. Die hohen Lebenshaltungskosten zwangen viele Flüchtlinge häufig dazu, Polen zu verlassen.

²⁴ EWL, Report "Refugees from Ukraine in Poland", University of Warsaw", S. 10, https://ewl.com.pl/wp-content/uploads/2022/05/EWL_REPORT_REFUGEES_2022_ENG_INT_WWW.pdf (Zugriff: 5. Oktober 2023).

2.7. Die Zukunft der Geflüchteten in Polen

Die Ukrainer*innen wurden infolge des Krieges unerwartet aus ihrem gewohnten Alltag gerissen. Nach ihrer Flucht sahen sie sich mit erheblicher Unsicherheit konfrontiert, und ein Kriegsende war nicht in Sicht. In dieser Lage gestaltete sich die Planung für die Zukunft äußerst anspruchsvoll. Diese Unsicherheit beeinflusste auch die Lebensgestaltung in den Aufnahmelandern, einschließlich der Entscheidung, ob man die lokale Sprache lernt, die Kinder in die lokale Schule sendet oder ob sie online am Unterricht an einer ukrainischen Schule teilnehmen sollen.

Eine Untersuchung des UNHCR „Lives on Hold #3“²⁵, die zwischen Dezember 2022 und Jänner 2023 durchgeführt wurde, ergab, dass 12 % der Geflüchteten innerhalb der nächsten drei Monate in die Ukraine zurückkehren wollten, während 65 % eine mögliche Rückkehr in der Zukunft in Betracht zogen. Nur 5 % gaben an, keine Absicht zur Rückkehr zu haben, während 18 % unentschieden waren. Für 86 % der Befragten war jedoch klar, dass sie in den nächsten drei Monaten im Gastland verbleiben würden, wohingegen 2 % eine Übersiedlung in ein anderes Land erwogen und 11 % unentschieden waren.

Angesichts der Unsicherheit über die Dauer des Krieges ist es wahrscheinlich, dass die Flüchtlinge eine längere Zeit in Polen verbringen werden, wobei viele von ihnen das Land möglicherweise als ihre neue Heimat betrachten. Dies stellt für ein Land, das bisher eher ethnische und religiöse Homogenität aufwies, eine bedeutende Herausforderung dar. Polen verfügt derzeit nicht über eine Integrationsstrategie, und die Integration der meisten Ausländer*innen erfolgt primär über ihre Arbeits- oder Bildungssituation. Wenn Polen aus den Fehlern anderer Länder eine Lehre ziehen kann, dann soll die Regierung eine solche Strategie zu ihrer Priorität machen, damit keine Parallelgesellschaften entstehen und Ausländer*innen nicht ausgeschlossen werden.

²⁵ UNHCR Regional Bureau for Europe, *Lives on Hold: Intentions and Perspectives of Refugees from Ukraine* (=Regional Intentions Report #3), Genf 2023.

2.8. Sie und wir? Gesellschaftliche Wahrnehmungen und öffentliche Meinungen

Die Polen zeigten Solidarität mit den Flüchtlingen aus der Ukraine, es ist aber wichtig, daran zu denken, dass Polen so wie auch andere Visegrád-Länder politische Bewegungen erlebt hat, die anti-migrationsorientierte Erzählungen verbreiten und diese für politische Vorteile ausnutzen. Die öffentliche Stimmung gegenüber Flüchtlingen aus der Ukraine kann sich im Laufe der Zeit leicht verändern, wenn die Menschen weniger auf die Gründe für Vertreibungen achten, sondern sich stattdessen um die wirtschaftlichen Kosten der Aufnahme von Flüchtlingen sorgen. Seit Beginn der Großinvasion werden Umfragen zu sozialen Einstellungen und öffentlichen Wahrnehmungen durchgeführt, um unter anderem zu erheben, ob eine sogenannte „Flüchtlingsmüdigkeit“ aufgekommen ist. In diesem Kapitel bezieht sich die Verfasserin dieses Beitrags auf drei Studien.

Aus der im Herbst 2022 vom slowakischen Think Tank Centre for Democracy & Resilience (GLOBSEC)²⁶ in den Visegrád-Ländern durchgeführten Studie ging hervor, dass die Mehrheit der Polen, Tschechen und Ungarn eine positive Einstellung gegenüber der Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine in ihren Ländern hatte. Ein Ausreißer war die Slowakei, wo eine Mehrheit dies als negative Entwicklung betrachtet. Die positive Wahrnehmung von Geflüchteten in Ungarn wurde durch deren relativ niedrige Zahl im Land erklärt. Die negative Einstellung in der Slowakei kann durch die stark prorussische Haltung vieler Slowaken erklärt werden.

Die Studie zeigte auch, dass die Meinungen darüber, welche Art von Unterstützung Flüchtlinge erhalten sollten, eher gemischt waren und eine knappe Mehrheit der Polen und Ungarn gegen eine Reduzierung war. Hier gibt es wiederum eine sehr unterschiedliche Sicht in der Slowakei.

Die Studie von GLOBSEC kommt zu einer anderen interessanten Beobachtung: Die Befragten, die soziale Medien als Hauptinformationsquelle nutzen, neigen eher dazu, negative Meinungen über Flüchtlinge zu haben. Soziale Medien wurden mit einer anderen Erkenntnis der Umfrage in Verbindung gebracht, nämlich jener, dass insbesondere in Polen junge Menschen (35 %) eher negative Ansichten über Flücht-

²⁶ Quelle: Patrik Szicherle / Jana Kazaz, *Perception of Ukrainian Refugees in the V4. Support with reservation* (=Publikation des Centre for Democracy & Resilience), Bratislava 2022, https://www.globsec.org/sites/default/files/2022-12/GLTrends_Ukraine_refugees_summary%20v13%20spreads.pdf (Zugriff: 5. Oktober 2023).

linge äußerten als ältere Generationen. Zu ähnlichen Schlussfolgerungen kommen auch andere Studien. Laut einem Bericht des Zentrums für Osteuropastudien und internationalen Studien (ZOIS) befürworten nur knapp über 24 Prozent eine langfristige Integration der Ukrainer*innen in Polen.²⁷ Dabei muss man betonen, dass die Mehrheit die Ukraine im Krieg gegen die russische Invasion unterstützt.

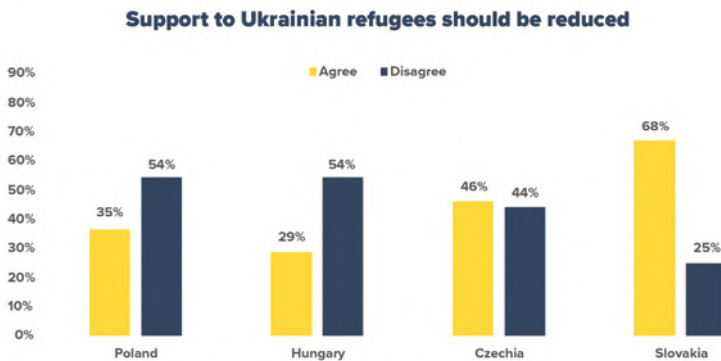


Figure 4 Support for reducing benefits to Ukrainian refugees.
For the sake of simplicity, we merged the proportion of 'strongly agree'/'agree' and 'strongly disagree'/'disagree' answers.

Abbildung 3: Wie nehmen die V4 die ukrainischen Flüchtlinge wahr?²⁸

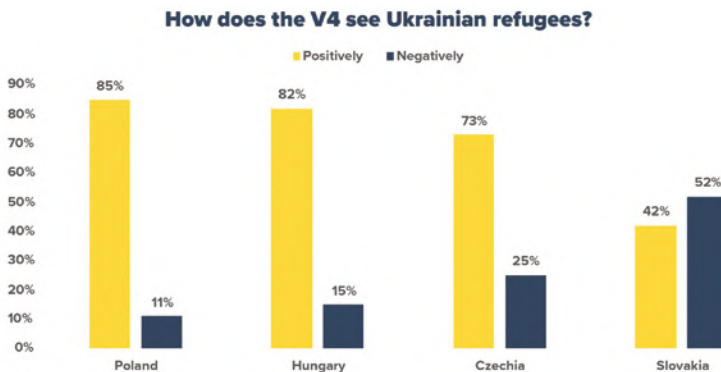


Figure 1 How do you feel about your country hosting Ukrainian refugees?
For the sake of simplicity, we merged the proportion of 'very'/'rather' positive and 'very'/'rather' negative answers.

Abbildung 4: Soll die Unterstützung für ukrainische Flüchtlinge eingeschränkt werden?²⁹

²⁷ Félix Krawatzek / Piotr Goldstein, *Young Poles in Times of Dramatic Change: Refugees, Identity and Social Engagement* (=Report Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien 2/2022), Berlin 2022.

²⁸ Ebd.

²⁹ Ebd.

Auch eine Studie von CBOS, dem polnischen Zentrum für Meinungsforschung, erbrachte das gleiche Ergebnis, und auch weitere Ergebnisse der Erhebungen von CBOS sind im Einklang mit der GLOBSEC-Studie. Die CBOS-Studie³⁰ zeigt, dass die Mehrheit der Befragten (62 %) glaubt, dass die polnische Gesellschaft eine positive oder eher positive Einstellung gegenüber Ukrainern hat. Diese Wahrnehmung hat sich also im Vergleich zur vorherigen Umfrage verringert. Auf die Frage, wie sie die polnische Unterstützung für Flüchtlinge wahrnehmen, gaben mehr Befragte als zuvor an, dass sie diese für ausreichend halten, während weniger glaubten, dass sie zu hoch wäre.

Ein abweichendes Bild erbrachte die Studie "Polen für die Ukraine, aber gegen Ukrainer" von *Krytyka Polityczna*, die die Haltung von politisch passiven Bürger*innen³¹ untersuchte. Sie zeigt, dass diese vielen Entscheidungen der Regierung wie PESEL für Ukrainer*innen sowie Zugang zum Gesundheitssystem und Sozialleistungen wie beispielsweise Kindergeld ablehnend gegenüber stehen. Dieser Unmut wird laut den Autoren des Berichtes unterschätzt. Diese Gruppe war auch für *Fake News* und Berichten, von denen man durch Hörensagen erfuhr, anfällig.

3. Entwicklungen von März bis August 2023

Innerhalb eines halben Jahres lassen sich manche neue Tendenzen beobachten. Die Anzahl der ukrainischen Flüchtlinge, die unter dem temporären Schutz in Polen standen, hat sich deutlich verringert. Dies ist teilweise auf die Rückkehr in die Ukraine zurückzuführen, aber auch darauf, dass einige von ihnen Deutschland als neues Ziel gewählt haben. Dem Bericht des EWL ging es hervor, dass unter den Geflüchteten, die in ein anderes Land reisen wollten, 26 % Deutschland als Ziel hatten.³² Ende Juni 2023 waren bereits über 1,3 Millionen aus der Ukraine geflüchtete Menschen in Deutschland, während sich in Polen etwa 977.500 Men-

³⁰ Centrum Badania Opinii Społecznej [Zentrum zur Erforschung der öffentlichen Meinung, CBOS], *Polacy o wojnie na Ukrainie w rok po jej wybuchu* [Die Polen über den Krieg in der Ukraine ein Jahr nach dessen Ausbruch], März 2023

³¹ Przemysław Sadura / Sławomir Sierakowski, *Polacy za Ukrainą, ale przeciw Ukraincom* [Polen für die Ukraine, aber gegen die Ukraine], <https://wydawnictwo.krytykapolityczna.pl/polacy-za-ukraina-ale-przeciw-ukraincom-sierakowski-sadura-1100>, Warszawa 2022.

³² Report "Refugees from Ukraine in Poland", Universität Warschau, S. 8.

schen³³ aufhielten. Der Unterschied im März 2023 war nicht so deutlich (knapp über eine Million Menschen in Polen und 995.000 in Deutschland). Darüber hinaus beabsichtigen 37 % der Flüchtlinge³⁴, dauerhaft in Deutschland zu bleiben, während es in Polen im April 2023 19 % waren³⁵.

Eine wesentliche Rolle spielte auch die Wahlkampagne für die Parlamentswahlen im Oktober 2023. Nach der Eskalation des Krieges herrschte in der politischen Szene der Konsens, dass politische Akteure keine kritischen Aussagen über die Ukrainer*innen machen würden. Die Partei, die jedoch Teile der Gesellschaft instrumentalisieren und die Stimmung zusätzlich anheizen wollte, war die Konfederacja, die öffentlich von einer vermeintlichen „Ukrainisierung Polens“ sprach. Als der Termin der Parlamentswahlen 2023 näher rückte, begannen auch die Vertreter*innen der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit, kritische Äußerungen von sich zu geben, um das skeptische Wähler*innenumfeld für sich zu gewinnen. Ein Auslöser war der Streit um den Transport von ukrainischem Getreide und Äußerungen über Undankbarkeit. Aktuelle Umfragen zeigen, dass insbesondere Bauern, jüngere Menschen und Frauen den Ukrainer*innen gegenüber weniger positiv eingestellt sind. Im Falle von letzteren wurde dies vereinfachend mit der größeren Konkurrenz auf dem „Partnermarkt“ oder längeren Wartezeiten auf einen Termin bei der Kosmetikerin begründet.³⁶ Der wahre Grund kann aber vielmehr in der Tatsache begründet sein, dass sich Polinnen mehr um die Geflüchtete in ihrem eigenen Zuhause gekümmert haben, dadurch aber mehr Last auf ihre eigene Schulter geladen haben, was schneller zu Burnout oder *refugee fatigue* geführt hat. Mit einer enormen Fluchtbewegung sind über eine Million Frauen und Kinder nach Polen gekommen. Eine Folge davon waren auch längere Wartezeiten bei Frauen- und

³³ Europäische Kommission – Eurostat, 30 June 2023: 4.07 million with temporary protection, 9. August 2023, <https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-eurostat-news/w/ddn-20230809-1> (Zugriff: 5. Oktober 2023).

³⁴ Herbert Brücker, *Geflüchtete aus der Ukraine: eine Einschätzung der Integrationschancen* (=IAB-Forschungsbericht. Aktuelle Ergebnisse aus der Projektarbeit des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 4/2022), Nürnberg, 2022, S. 2.

³⁵ Iza Chmielewska-Kalińska / Beata Dudek / Paweł Strzelecki, *Sytuacja życiowa i ekonomiczna migrantów z Ukrainy w Polsce: wpływ pandemii i wojny na charakter migracji w Polsce: raport z badania ankietowego* [Die Lebenssituation sowie die wirtschaftliche Lage von Migranten aus der Ukraine in Polen: Auswirkungen der Pandemie und des Krieges auf die Migrationsdynamik in Polen: Bericht einer Meinungsumfrage], Polnische Nationalbank, Abteilung für Statistik, Warszawa, 2023, S. 1.

³⁶ Julia Theus, *Młode kobiety tracą serce do ukraińskiej obecności*, 11. April 2023, OKO Press, <https://oko.press/dlaczego-mlode-polki-uprzedzaja-sie-do-ukrainek> (Zugriff: 5. Oktober 2023).

Kinderärzt*innen, die auch vor dem Krieg bereits lange genug waren. Das sind Bereiche, in denen sich der Staat aktiver engagieren sollte, um die Situation zu entlasten. Man muss jedoch auch betonen, dass die Unterstützung für Ukrainer*innen trotz der angespannten Situation auf einem Niveau von 76 % verblieben ist.³⁷

Eine offene Frage bleibt, was passiert, wenn der temporäre Schutz im März 2025 zu Ende geht. Da das Ende des Krieges nicht absehbar ist, besteht die Möglichkeit, dass die Geflüchteten bleiben werden. Die Meinungen der Expert*innen sind nicht eindeutig. Werden sie zur Rückkehr gezwungen oder wird die Möglichkeit zur Beantragung von Asyl geschaffen? Letzteres würde jedoch eine plötzliche und erhebliche bürokratische Belastung für die Aufnahmeländer bedeuten. Es ist daher wahrscheinlich, dass Eilprozeduren in Erwägung gezogen werden.

Fazit

Dieser Artikel kann als Ausgangspunkt für künftige Vergleiche dienen, da er die Analyse eines Zeitfensters darstellt. Im ersten Jahr haben die polnische Gesellschaft und Behörden die Krise den Umständen entsprechend relativ gut bewältigt. Zu beobachten war aber eine sogenannte „NGO-Isierung der Hilfe“ – das heißt, dass zivilgesellschaftliche Akteure die Regierung in vielen Bereichen der Unterstützung ersetzen mussten. Im Gegensatz zur Situation an der polnisch-weißrussischen Grenze gibt es eine entscheidende politische Willensbekundung, Flüchtlinge aus der Ukraine zu unterstützen, was einen bedeutenden Unterschied darstellt. Trotzdem bleiben viele Herausforderungen. Auch kann sich die Stimmung gegenüber den Geflüchteten rasch ändern, wenn sich beispielsweise die wirtschaftliche Lage Polens verschlechtert oder der Zugang zu Sozialleistungen wie etwa Einrichtungen des Gesundheitswesens oder Kindergarten im Vergleich zur Vorkriegszeit mehr Zeit in Anspruch nehmen wird. Eine offene Frage bleibt, wie man die Geflüchteten erfolgreich in die Gesellschaft integrieren kann. Die sozioökonomische Integration ist ein langfristiges Unterfangen, auf das sich diese und die künftige Regierung erst vorbereiten muss, wenn sie in Zukunft soziale Spannungen vermeiden möchte.

³⁷ Centrum Badania Opinii Społecznej [Zentrum zur Erforschung der gesellschaftlichen Meinung], *Polacy o wojnie na Ukrainie* [Polen über den Krieg in der Ukraine] (=Komunikat z Badań 94/2023), Warszawa 2023, https://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2023/K_094_23.PDF, S. 3 (Zugriff: 5. Oktober 2023).

Malwina Talik, Mag. MA, Absolventin von Global Studies and Global History an den Universitäten Leipzig und Wien im Rahmen des Erasmus Mundus Programmes sowie eines Anglistikstudiums an der Universität Łódź, Polen; Expertin für Wissenschaftliche Kontakte an der Polnischen Akademie der Wissenschaften – Wissenschaftlichen Zentrum in Wien (2014-2018), Referentin für Öffentliche Diplomatie an der Botschaft der Republik Polen in Österreich (2018-2019). Seit 2020 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für den Donauraum und Mitteleuropa, wo sie sich mit Demokratieabbau, Migrationspolitik, Gleichberechtigung in der polnischen Politik, Erinnerungskultur sowie Chinapolitik in Mitteleuropa beschäftigt. Sie veröffentlicht regelmäßige Analysen in *DerStandard* und *Fair Observer* und ist Mitglied von CEE Her Network. Wissenschaftliche Kurzaufenthalte: Eötvös-Lorand Universität in Budapest (2011), Fudan-Universität in Shanghai (2012), EU-Delegation in Addis Abeba (2013), Universität Oslo (2021, 2022).